

**Niederschrift
über die 8. Sitzung des Ausschusses für Erneuerbare Energien und
Umwelt**

Müncheberg, den 07.08.2025

Sitzungsform: Präsenz und Audio
 Datum der Sitzung: 04.08.2025
 Beginn der Sitzung: 18.00 Uhr
 Ende der Sitzung: 20.13 Uhr
 Anzahl der Mitglieder im Gremium: 5
 Die Sitzung wurde geleitet durch: Herrn Andreas Langer

anwesend	entschuldigt	unentschuldigt
Herr Frank Hahnel Herr Andreas Langer Frau Monika Roth Herr Bernd-Peter Günther Herr Peter Hoedt		
Sachkundige Einwohner Herr Hans-Jörg Willing Herr Andreas Schober Herr Michael Snelinski	Herr Michael Ramm Frau Astrid Preis	

Mitglieder, die verspätet eintrafen: keine
 Mitglieder, die die Sitzung vorzeitig verließen: keine
 Mitwirkungsverbot gem. § 22 BbgKVerf.: wurde nicht erklärt bzw. festgestellt
 Sachverständige/Gäste: Herr Prof. Dr. Klose, Frau Dr. Karasyova,
 Herr Dipl.-Ing. Rozok (MITI e.V.)
 Frau Schwarz (Mitglied der SVV)
 Frau Zeidler (OBR Eggersdorf)
 Herr Grenz (MOZ)
 ca. 14 Einwohner / Einwohnerinnen
 Verwaltung: Herr Streichert
 Herr Christoffel (FD 2)
 Frau Meise (FD 4)

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- | TOP | Betreff |
|------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 01 | Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit |
| 02 | Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses vom 02.06.2025 |
| 03 | Beschlussfassung über Änderungsanträge zur Tagesordnung |
| 04 | Behandlung von Anfragen der Mitglieder des Ausschusses |
| 05 | Einwohnerfragestunde |
| 06 | Vorstellung des Kooperationspartners der Stadt Müncheberg - MITI e.V. (Märkisches Institut für Technologie- und Innovationsförderung e.V.) |
| 07 | Beratung zur Kernfrage 1 - Abstand zur Wohnbebauung |
| 08 | Beratung zur Kernfrage 2 - Bodenpunkte |
| 09 | Beratung zur Kernfrage 5 - Abstand zu Waldflächen |
| 10 | Beratung zur Kernfrage 6 - Abstand zu Bahnstrecken |
| 11 | Beratung zur Kernfrage 7 - Bürgerinformationsveranstaltungen |
| 12 | Zielsetzung des Ausschusses |
| 13 | Informationen des Ausschussvorsitzenden und der Verwaltung |

II. Nichtöffentlicher Teil

- | TOP | Betreff |
|------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 01 | Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses vom 02.06.2025 |
| 02 | Informationen des Ausschussvorsitzenden und der Verwaltung |
| 03 | Anfragen der Mitglieder des Ausschusses |

I. Öffentlicher Teil

TOP 01 - Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit

Herr Langer begrüßt die Anwesenden zur heutigen Sitzung. Die Einladung erfolgte am 14.07.2025 ordnungsgemäß und fristgerecht. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt. Es sind alle 5 stimmberechtigte Ausschussmitglieder anwesend. Die sachkundigen Einwohner Frau Preis und Herr Ramm sind für die heutige Sitzung entschuldigt.

TOP 02 - Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses vom 02.06.2025

Gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift liegen keine Einwendungen vor. Damit gilt der öffentliche Teil als bestätigt und wird veröffentlicht.

TOP 03 - Beschlussfassung über Änderungsanträge zur Tagesordnung

Herr Langer beantragt das Rederecht im TOP 06 öffentlicher Teil für Herrn Prof. Dr. Klose vom MITI e.V.

Des Weiteren wird das Rederecht im TOP 11 öffentlicher Teil für Frau Schwarz und Frau van der Wall beantragt.

zugestimmt (5 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

TOP 04 - Behandlung von Anfragen der Mitglieder des Ausschusses

Es liegen keine Anfragen von den Ausschussmitgliedern vor.

TOP 05 - Einwohnerfragestunde

Ein **Einwohner** aus Dahmsdorf informiert über einen Artikel im Photovoltaik-Magazin. In diesem Artikel wird berichtet, dass die Netzübertragungsfirma 50 Hertz (zuständig für den Nordosten Deutschlands) bis 2029 so viele Projekte hat, dass keine weiteren Zusagen für neue Projekte möglich sind. Der Artikel wird dem Protokoll als Anlage beigefügt. Es besteht somit keine Dringlichkeit neue Projekte zu genehmigen.

TOP 06 - Vorstellung des Kooperationspartners der Stadt Müncheberg - MITI e.V. (Märkisches Institut für Technologie- und Innovationsförderung e.V.)

Herr Streichert heißt Herrn Prof. Dr. Klose, Frau Dr. Karasyova und Herrn Rozok herzlich willkommen.

Herr Prof. Dr. Klose bedankt sich für die Einladung und betont, dass der MITI e.V. seit seiner Gründung 2004 mit Müncheberg in Kontakt steht.

Mit einer Präsentation geht er auf die wesentlichen Punkte ein. Im Vordergrund steht die Nachhaltigkeit.

Aus aktuellem Anlass gestattet er sich eine Frage an den Herrn Bürgermeister. In dieser Woche jährt sich zum 80. Mal der Atombombenabwurf auf Hiroshima. Allem ist bewusst, dass Krieg der schlimmste Feind der Artenvielfalt ist. Vor 45 Jahren hat der damalige Bürgermeister von Hiroshima eine Organisation gegründet, „Mayors for Peace“. Ist denn seit 1980 einer der Bürgermeister schon der Sache beigetreten?

Herr Streichert: Der Bürgermeister der Stadt Müncheberg ist Mitglied dieser Organisation.

Nachhaltige Entwicklung geht nicht ohne die ökologische und ökonomische Entwicklung zu betrachten und zu berücksichtigen. Alles was getan wird, muss der Umwelt, der Natur und den Menschen zu Gute kommen.

In der Zeit vom 06.10.-11.10.25 findet eine Aktionswoche zum Thema Artenvielfalt statt. Wenn sich Müncheberg daran beteiligen möchte, erklärt sich Herr Prof. Dr. Klose bereit einen Vortrag in der Stadtpfarrkirche zu halten.

Herr Prof. Dr. Klose bedankt sich für die Aufmerksamkeit. **Herr Streichert** dankt recht herzlich für den interessanten Vortrag und wird betreff des Vortrages Rücksprache halten.

TOP 07 - Beratung zur Kernfrage 1 - Abstand zur Wohnbebauung

Frau Meise: In den letzten Sitzungen wurde die Abwägungstabelle intensiv behandelt. Daraus wurden 10 Kernfragen formuliert.

Herr Christoffel: Eine Möglichkeit wäre, gar keine Veränderung vorzunehmen. Aus Sicht der Verwaltung ist das jedoch nicht zielführend. Es wird der Vorschlag unterbreitet, den Abstand von 500 m beizubehalten und die Unterschreitung nur bei Einzelgehöften und Splittersiedlungen zuzulassen. Die Unterschreitung setzt voraus, dass sowohl von dem Eigentümer als auch von dem Mieter das Einverständnis eingeholt wird.

Auch **Herr Hahnel** betrachtet einen Abstand von 1.000 m als zu viel.

Herr Günther sieht Probleme beim Eigentümerwechsel. Es muss klar sein, dass damit eine langfristige Situation geschaffen wird.

Frau Roth: Gibt es ein Beispiel für eine Splittersiedlung?

Herr Hoedt: Es muss eine klare Regelung geben und befürwortet einen Abstand von 500 m.

Frau Meise: Splittersiedlungen sind Siedlungen die in keinem Ortsteil entstanden sind. Die Ortsteile sind davon ausgenommen.

Herr Langer hält es für schwierig Splittersiedlungen zu definieren. Wo fängt man an und wo hört man auf?

Frau Meise: Es besteht immer die Möglichkeit, durch die SVV eine Ablehnung zu erlangen.

Frau Roth weist darauf hin, dass dann immer die Mehrheit benötigt wird.

Herr Willing: Wir müssen uns über eine Definition der Splittersiedlung (ab wie viel Gehöfte) klar sein und dass nur eine 100 % ige Zustimmung von allen Seiten in Frage kommt.

Herr Streichert gibt zu bedenken, dass auch über „Flecken“ (Dahmsdorf, Bienenwerder) gesprochen werden muss. Es muss eine klare Definition geben, die alles beinhaltet.

Herr Hoedt: Die Definition darf nicht aufweichbar sein.

Frau Meise schlägt vor, keine Splittersiedlungen aufzunehmen, sondern Einzelgehöfte bis 10 Wohneinheiten.

Herr Langer und **Frau Roth** schlagen 3 Wohneinheiten vor.

Herr Hahnel: Mit 10 Wohneinheiten werden einige Splittersiedlungen erfasst.

Herr Langer bittet um Abstimmung:

- | | |
|----------------------------------------|----------------------------------------------|
| • 500 m Abstand zur Wohnbebauung | 5 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen |
| • Splittersiedlungen, 10 Wohneinheiten | 4 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 0 Enthaltungen |
| • Befragung Eigentümer und Mieter | 5 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen |

TOP 08 - Beratung zur Kernfrage 2 - Bodenpunkte

Herr Hoedt: In einer Vorstellung vor geraumer Zeit wurde darauf hingewiesen, dass nicht immer die Wertigkeit der Bodenpunkte ins Auge gefasst werden sollte. Seiner Meinung kommt es auch darauf an, wo die Fläche gelegen ist.

Frau Meise: Die Bearbeitung der Anträge für die Aufstellungsbeschlüsse wurde durch die vorhandene Formulierung erschwert. Mit einem Wegfall der 10 %-Regel würden wir, wenn wie die Bodenpunkte mitteln, diese Inseln nicht mehr herstellen. Die Investoren haben immer den Mittelwert der gesamten Fläche genommen. Diese Arbeitsweise wird für effektiver gehalten. Von der Verwaltung wird empfohlen, einen Wert von bis zu 23,0 Bodenpunkten zu definieren. Bei höheren Bodenpunkten kann die Fläche auch für die Landwirtschaft genutzt werden.

Herr Christoffel: Das Thema Agri-PV Anlage würde er bei der Betrachtung der Bodenpunkte außen vorlassen und in der nächsten Sitzung behandeln. Dabei sind dann auch die Bodenpunkte zu betrachten.

Frau Roth: Wenn der Mittelwert genommen wird, muss der schlechte Boden noch viel schlechter sein. Dessen müssen wir uns bewusst sein.

Herr Christoffel weist darauf hin, dass die Größe der Anlage Einfluss auf die Bodenpunktzahlen nehmen kann.

Herr Willing betont, dass es ein einheitliches Verfahren zur Durchschnittsermittlung geben müsste.

Herr Hahnel: Es gibt in der Landwirtschaft einheitliche Bewertungsrichtlinien für Boden.

Herr Langer bittet um Abstimmung:

- | | |
|------------------------------------------------|----------------------------------------------|
| • Bodenpunkte 23,0 | 5 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen |
| • 10% Regelung raus/
gewichtige Mittel rein | 5 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen |

TOP 09 - Beratung zur Kernfrage 5 - Abstand zu Waldflächen

Herr Christoffel unterbreitet den Vorschlag, den Abstand von 30 m beizubehalten. Ein Streifen von 300 m zum Wald ist landwirtschaftlich nicht nutzbar und für den Landwirt unattraktiv. Bei 30 m kann der Wald als Sichtschutz genutzt werden.

Auch **Herr Hoedt** befürwortet den Abstand von 30 m. **Herr Hahnel** schließt sich dem Vorschlag an.

Herr Günther macht auf die Wärmeentwicklung aufmerksam und empfiehlt einen Abstand von 50 m.

Herr Langer bittet um Abstimmung:

- Abstand 50 m 1 Ja-Stimme, 1 Nein-Stimme, 3 Enthaltungen
- Abstand 30 m 4 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 0 Enthaltungen

TOP 10 - Beratung zur Kernfrage 6 - Abstand zu Bahnstrecken

Herr Hoedt erachtet 500 m als zu viel und findet 200 m für realistischer.

Herr Hahnel: Man kann auch an Bahnlinien Landwirtschaft betreiben.

Frau Roth gibt zu bedenken, dass bei 500 m riesige Anlagen entstehen werden. Vorstellbar für sie sind 200 m.

Herr Langer bittet um Abstimmung:

- Abstand 500 m 0 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung
- Abstand 200 m 5 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

TOP 11 - Beratung zur Kernfrage 7 - Bürgerinformationsveranstaltungen

Frau van der Wall vom Amt Märkische Schweiz berichtet über ihre Erfahrungen bei der Erstellung des Kriterienkataloges. Der Kriterienkatalog wurde in einer Arbeitsgruppe innerhalb der Gemeindevertretung erstellt. Während des Prozesses wurde die Bürgerbeteiligung über Bürgergespräche durchgeführt. Am Anfang war sehr viel Interesse da, es wurde auch heiß diskutiert, was aber immer mehr nachließ.

Frau Meise: Wie wurde logistisch dieses Bürgergespräch geführt? Wie wurde die Veranstaltung kundgetan? **Frau van der Wall:** Die Bekanntgabe erfolgte zum großen Teil über sozialen Medien, über das Amtsblatt und persönliche Gespräche.

Herr Langer: An welchen Eckpunkten haben Sie sich orientiert? **Frau van der Wall:** Orientiert haben wir uns an dem Gerüst der regionalen Planungsgemeinschaft und an verschiedenen Kriterienkatalogen von anderen Gemeinden. Die endgültige Entwurfsfassung wurde mit einem Rechtsanwalt besprochen. Von ihm wurden die Formulierungen so umgesetzt, dass diese rechtlich bindend und klar sind.

Herr Streichert erkundigt sich nach den Kosten des Rechtsanwaltes. **Frau van der Wall:** Die Kosten beliefen sich auf 4.000 €, aber die waren es wert. Er hat uns 2x beraten in Sitzungen, ca. 20 Stunden an den Formulierungen Kriterienkatalog gearbeitet, war bei der beschlussfassenden Sitzung anwesend. Es wurden ganz viele Hinweise für die spätere Vertragsgestaltung gegeben. Des Weiteren gab es einen Fahrplan für Erstgespräche mit Vorhabenträgern und Hinweise zu den genauen Zeitpunkten und wie man umgeht mit anderen Bürgerbeteiligungen, z.B. finanzieller Art.

Herr Hoedt: Bei uns geht es um eine Überarbeitung des Kriterienkataloges.

Herr Langer: Ab wann wird eine Bürgerveranstaltung durchgeführt?

Frau van der Wall: Festgehalten ist mindestens 1 Bürgerinformationsveranstaltung vor dem Aufstellungsbeschluss. Wenn der Bedarf da ist, kann man auch mehr machen.

Die Anträge, die bisher eingegangen sind, wurden nicht bearbeitet. Seit Beschluss kommen die ersten Anfragen. Es wird nicht mit allen Vorhabenträgern gesprochen, denn der Kriterienkatalog sortiert bereits aus.

Frau Roth: Wenn die Kriterien lt. dem Kriterienkatalog nicht eingehalten werden, kommt das Projekt nicht in Frage. Sie hofft, dass das beibehalten wird.

Frau Schwarz: Im Namen der Fraktion Die Linke beantragt sie die Aufnahme des folgenden Absatzes in den Kriterienkatalog.

„Die Vorhabentragenden führen für die betroffenen Anwohnenden des Ortsteils eine Informationsveranstaltung über das geplante Projekt durch. Zeitpunkt, Format und Inhalt der Informationsveranstaltung wird mit der Stadt Müncheberg und dem zuständigen Ortsbeirat des betroffenen Ortsteils vereinbart. Der Zeitpunkt der Informationsveranstaltung soll aber vor der Beschließung des Aufstellungsbeschlusses liegen. Die Einladung zur Informationsveranstaltung erfolgt sowohl über den Müncheberger Anzeiger als auch über Postwurfsendungen für alle Anwohnenden des betroffenen Ortsteils.“

Herr Hoedt: Es entstehen Kosten, die von der Verwaltung getragen werden müssen. Es wurde bereits darüber gesprochen, dass, wenn Informationsveranstaltungen stattfinden, die Einladungen über den Investor geregelt werden.

Frau Schwarz weist darauf hin, dass die Einladung durch den Vorhabenträger erfolgt, wie in dem Vorschlag beschrieben.

Herr Hahnel: Man sollte nicht davon abweichen, dass der Vorhabenträger die Einladung ausspricht.

Herr Günther: Eine Informationsveranstaltung hat stattzufinden sobald die Sache auf dem Tisch des OBR liegt.

Frau Roth: Die Satzung muss für alle Ortsteile gleich sein. Sie würde auch keine Informationsveranstaltung mit einer OBR-Sitzung koppeln, sondern eine Extrasitzung anberaumen.

Frau Meise: Die derzeitige Regelung sieht so aus, dass nach Prüfung der Verwaltung sich der Investor beim OBR vorgestellt hat. Danach gab es die Vorstellung in den Ausschüssen und der SVV. Danach gab es den Antrag zum Aufstellungsbeschluss.

Konkrete Frage aus der Verwaltung – Wie soll es von Statten gehen?

Herr Streichert: Die OBR-Sitzungen sind nicht konform. Bei größeren Themen sollte eine Extrasitzung einberufen werden.

Frau Roth empfiehlt, erst nach Prüfung lt. Kriterienkatalog mit dem OBR in Kontakt zu treten.

Herr Christoffel: Wenn ein Antrag gestellt wird, muss dieser bearbeitet werden. Die Bearbeitungszeiträume werden sich in die Länge ziehen, wenn der Antrag durch die Ausschüsse und SVV muss.

Herr Hoedt: Auch wenn ein Kriterium lt. Kriterienkatalog nicht übereinstimmt, kann der Investor eine Bürgerinformationsveranstaltung durchführen.

Herr Günther: Wenn die Informationen an den OBR gegeben wurde, muss eine Bürgerinformationsveranstaltung stattfinden.

Herr Langer bittet um Abstimmung:

- Eine Bürgerinformationsveranstaltung hat vor dem Aufstellungsbeschluss stattzufinden.

5 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Frau Meise wird gebeten zur nächsten Sitzung eine abschließende Formulierung vorzulegen.

TOP 12 - Zielsetzung des Ausschusses

Frau Roth befürwortet die Zielsetzung von Herrn Christoffel.

Herr Langer bittet um Abstimmung des Entwurfs:

- Entwurf Herr Günther 2 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung
- Entwurf Herr Christoffel 3 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 1 Enthaltung

TOP 13 - Informationen des Ausschussvorsitzenden und der Verwaltung

Frau Meise: Es liegt ein Antrag für einen Aufstellungsbeschluss von der Firma SolarGrün vor. Sie wird die Firma bitten sich mit dem OBR in Verbindung zu setzen.

Des Weiteren gibt es eine weitere Firma die sich vorstellen möchte. Allerdings sind auf dieser Fläche die Bodenpunkte sehr hoch. Die Firma möchte sich in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Erneuerbare Energien. Noch bestehen keine konkreten Vorstellungen.

Herr Günther findet es nicht optimal Firmen einzuladen, solange der Kriterienkatalog noch nicht fertiggestellt ist.

Herr Streichert: Die Verwaltung wird alle Vorhabenträger informieren, dass vorerst keine Gespräche stattfinden. Wenn der Kriterienkatalog vorliegt, wird die Stadt auf die Vorhabenträger zukommen.

Frau Meise: Die Firma Baywa hat Interesse angezeigt auf ihren Flächen Agri-PV-Anlagen aufzustellen. Die Interessenten wurden darüber informiert, dass der Kriterienkatalog derzeit überarbeitet wird.

Herr Christoffel informiert darüber, dass es aktuell Verhandlungen zwischen der Stadt Müncheberg und einem Kiesgrubenbetreiber in Hoppegarten gibt. Dabei geht es um die Erweiterung der Kiesgrube und betrifft 20 ha des Stadtwaldes. Der Bodenschatz ist bereits im Eigentum des Betreibers. Es muss geklärt werden, wie man mit dem Baumbestand verfährt. Er favorisiert eine Verpachtung. Er geht davon aus, dass die Verträge in der Oktobersitzung der SVV vorgelegt werden können.

19.55 Uhr - Ende öffentlicher Teil

Nach einer kurzen Pause wird die Sitzung um 20.01 Uhr fortgesetzt.